Nr. 30 — 21. Jahrg. — Sonntag, 5. Februar 1922

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Vierteljährlich 24 M. zweimonatlich 16 M. monatlich 8 M frei Haus. Einzelnummer 50 J. Die Sächsische Volkszeitung erscheint sechsmal wöchentlich. — Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. Anzeigenpreis für die Petitzeile 3.60 Familienanzeigen 2.75 für Vereine 2.50 die Reklamezeile 9 mm breit 9.—. Für und durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Für die Richtigkeit nicht überbrachter Anzeigen in Dresden: Schmidt'sche Buchhandl., Inh. P. Beck, Schloßstr. 5, in Bautzen Franz Kurzhal a. d. Petrikirche 4

Regina-Palast Dresden, Waisenhausstr. 22
Abend-Konzert
Kapellmeister Heinz Putsche mit seinen 12 Künstlern
Restaurant ersten Ranges
5-Uhr-Tee

Tagesschau

In Italien wird aufs neue die Bildung eines Kabinetts Bonomi versucht.

Der Versuch von Unabhängiger Seite, den Reichstag sofort wieder einberufen zu lassen, ist vom Präsidenten Löbe in ablehnendem Sinne beantwortet worden.

Der alte Bergarbeiterverband zu Essen a. R. hat eine Entschließung angenommen, daß, falls Unternehmer und Regierung seiner Forderung auf Lohnerhöhung gegenüber eine ablehnende Haltung einnehmen sollten, der Streik in ganz Deutschland vorbereitet werden wird.

Eine zweite Abstimmung des Konklave hat noch keine Wahl getätigt. Das Aufsteigen des schwarzen Rauches am Freitagmittag kündigte an, daß die Papstwahl noch nicht entschieden war. Das Ergebnis der nächsten Abstimmung soll Sonnabend nachmittag verkündet werden.

Der Vorsteher des Gerichtsgefängnisses in Naumburg ist von seinen Dienstgeschäften enthoben worden. Aus dem Gefängnis war vor einigen Tagen Oberleutnant Voldt entwichen und konnte bisher noch nicht wieder ergriffen werden.

Aus dem Ausland

Amerikahilfe für Sachsen und Thüringen

Im Dezember gab Richard Strauß in New-York ein Konzert mit seinem 100 Mann starken Philharmonischen Orchester. Die Einnahmen flossen der Amerikahilfe für Sachsen und Thüringen für den Drei-Millionen-Dollar-Fonds zur Fortsetzung der Deutschen Kinderspeisung durch die Quäker zu. Der Saal war ausverkauft. Die „New-Yorker Staatszeitung" stellt einen starken künstlerischen Erfolg fest und schildert die Anteilnahme der Bewohnerschaft von New York, indem sie rühmend hervorhebt, daß dieser „künstlerische Gottesdienst" dem Liebeswerk des Quäker, Kindesfürsorge in Sachsen und Thüringen zu üben, reichliche Mittel zugeführt haben dürfte.

•

Kreditvorschuß an Oesterreich

Prag, 4. Februar. Der österreichische Finanzminister Gürtler, der gestern früh eintraf, verhandelte mit der tschechoslowakischen Regierung über einen vorläufigen Vorschuß von 100 Millionen Tschecho-Kronen, weil der in Lana vereinbarte Kredit erst nach der parlamentarischen Genehmigung, also nicht vor April, flüssig gemacht werden könnte.

•

Die Valutafrage auf der Konferenz von Genua

Prag, 4. Februar. Ein Führer der tschechischen Mehrheitsparteien, Dr. Raschin, der frühere Finanzminister, erklärte in einer politischen Versammlung, er glaube nicht, daß man sich in Genua einig werde, weil die Welt in drei Lager gespalten sei. Eines dieser Lager, nämlich Amerika und England, hätte die Inflation bereits überwunden und sei zu Vorkriegspreisen und zu der Vorkriegswirtschaft zurückgekehrt. Die zweite Gruppe: Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei, suche sich von diesen Nachkriegsvalutaschwierigkeiten zu befreien, und eine dritte bestehe aus jenen Staaten, welche noch mit beiden Füßen in der vollen Inflation stehen und Banknoten drucken, ohne sie auch nur wirtschaftlich zu decken. Es müsse also jeder Staat zunächst sich selbst zu helfen suchen.

•

Der Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei

Prag, 4. Februar. Gestern fand in Brüx eine Obmännerkonferenz der Betriebsräte des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers statt, welche die Ausrufung zum Generalstreik zur Kenntnis nahm. Heute stehen bereits 45 000 Bergarbeiter im Braunkohlenrevier im Ausstand, während der Streik in den Steinkohlengebieten Kladno und Mährisch-Ostrau erst in den späten Nachmittagsstunden einsetzte.

•

Der Zweck der rumänischen Anleihe in Amerika

Bukarest, 4. Februar. Das Finanzblatt „Argus" behauptet, daß der neue Finanzminister Vintila Bratianu die im Auslande befindlichen Lei-Noten und Kassenscheine aufkaufen lassen wolle. Dafür sei die Anleihe, die in Amerika mit französischer und englischer Bankunterstützung aufgenommen werden soll, bestimmt.

•

Rückkehr des griechischen Kronprinzenpaares

Athen, 4. Februar. Der griechische Kronprinz Georg und die Kronprinzessin sind in Begleitung des Generalstabschefs Dusmanis aus Bukarest nach Athen gestern zurückgekehrt.

Die Streiklage im Reiche

Ueber die Lage in den einzelnen Direktionsbezirken hört die TU von amtlicher Stelle Folgendes:

Im Bezirk **Altona** ruht der Verkehr fast vollständig; die Einrichtung eines Notbetriebes für Hamburg gestaltet sich besonders schwierig. Die Polizeibehörde hat die Streikleitung festgenommen. In der Geschäftsstelle der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner sind 1000 Streikaufrufe beschlagnahmt worden. Beim gestrigen Schichtwechsel, nachmittags 2 Uhr, ist das Zugbegleit- und Stationspersonal stellenweise dem Dienste ferngeblieben. Von heute ab tritt eine Dampferverbindung Deckenhude-Hamburg in Betrieb.

Im Bezirk **Berlin** ist der Stadtbahnverkehr vollständig eingestellt. Der Vorortverkehr wird nur in sehr geringem Umfange aufrechterhalten. Im Fernverkehr verkehren ganz wenige Züge.

Im Bezirke **Breslau** sind mehrere Bahnhöfe in den Streik getreten. Der Güterverkehr ruht in dem ganzen Bezirke, mit Ausnahme von Breslau nach Oberschlesien. Hier wird der Verkehr durch Kattowitzer Lokomotiven aufrechterhalten. Personenzüge verkehren nur im beschränkten Umfange. Diese Züge werden durch Arbeitswillige und technische vorgebildete Bureaukräfte gefahren. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß das Stationspersonal bald wieder Herr der Lage sein wird.

Im Bezirke **Kassel** sind die in der Reichsgewerkschaft organisierten Beamten im Ausstande.

Im Bezirk **Halle** wird von Leuna nach Halle ein Notbetrieb aufrechterhalten.

In **Jüterbog** hat die Streikleitung die Abfahrt eines Milchzuges nach Berlin verhindert.

In **Leipzig** haben Lokomotivführer das Ausfahren einer Lokomotive verhindert, indem sie die Gasschläuche der Lokomotive zerstückelten. Es sind Maßnahmen getroffen, um die Saboteure zu verhaften.

Im Bezirk **Frankfurt a. M.** wird ein Notbetrieb aufrechterhalten. In den Nachmittagsstunden sind mehrere Personen- und Güterzüge auf den Hauptstrecken des Bezirkes gefahren.

Die Eisenbahndirektion **Magdeburg** hat einen Notfahrplan ausgearbeitet. 60—70 Personenzüge verkehren auf den verschiedenen Strecken des Bezirkes, sowie etwa 30 Güterzüge. Dieser Notfahrplan ist gestern fast vollständig eingehalten worden. Die Eisenbahndirektion hofft, daß bei weiterer Heranziehung der Technischen Nothilfe die Lage sich bessern wird.

Im Bezirk **Münster** i. Westf. haben Ausständige die Lichtleitung des Bahnhofes Münster durchschnitten.

Im Bezirk **Hannover** wird noch morgen eine Reihe von Arbeiterzügen fahren. Im Streik befindet sich nur das Lokomotivpersonal. Das Stationspersonal ist fast vollständig zur Stelle.

Im Bezirk **Königsberg** wird der Transport von Vieh und Gütern mit Ausnahme von Lebensmitteln lahmgelegt.

In **Süddeutschland** ist der Verkehr fast fahrplanmäßig.

Aus **Wiesbaden** wird gemeldet, daß die Besatzungsbehörde dem Eisenbahnpersonal befohlen hat, an Ort und Stelle zu erscheinen und alle Befehle auszuführen, andernfalls kriegsgerichtliche Verfolgung eintreten werde.

Bruch in der Reichsgewerkschaft

Berlin, 4. Februar. Die Haltung des gegenwärtigen Vorstandes der Reichsgewerkschaft hat, wie die „Tägliche Rundschau" aus zuverlässiger Quelle erfährt, die Folge gehabt, daß die süddeutschen Landesverwaltungen der Reichsgewerkschaft der Zentrale mitgeteilt haben, daß die einzelnen Landesgruppen endgültig aus der Reichsgewerkschaft ausscheiden und den Weisungen des Hauptvorstandes sowie des Aktionsausschusses nicht mehr Folge leisten.

Die Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes

Berlin, 4. Februar. Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes haben beim Reichskanzler nochmals Vorstellungen erhoben, um die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Forderungen des Beamtenbundes zu erreichen. Der Reichskanzler erklärte sich dazu bereit. Der Vertreter des Deutschen Beamtenbundes sagte zu, auf eine sofortige Beendigung des Streikes hinzuwirken.

Der Aufruf der Spitzenverbände

Berlin, 4. Februar. In dem Aufrufe der Spitzenverbände heißt es u. a.: „Es ist unerträglich, wenn eine einzige undisziplinierte Gruppe in so unverantwortlicher Weise mit dem Schicksal der gesamten Bevölkerung spielt. Dieser Lohnstreik einer Beamtengruppe muß bei der derzeitigen Wirtschaftslage auch bei nur kurzer Dauer die Lebensbedingungen aller Arbeitnehmer, besonders in den Großstädten, auf das Verhängnisvollste gefährden. Geradezu katastrophal wirkt dieser Streik bereits jetzt, drei Wochen vor der Konferenz in Genua auf die Außenpolitik Deutschlands ein. Die Verantwortung gegenüber den von ihnen vertretenen Arbeitern, Angestellten und Beamten wie gegenüber dem gesamten Volke legt deshalb den unterzeichneten Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen die gebieterische Pflicht auf, alle im Streike befindlichen Eisenbahner aufzufordern, die Arbeit sofort wiederaufzunehmen. Von der Reichsgewerkschaft wird erwartet, daß sie sich ebenfalls ihrer schweren Verantwortung bewußt wird und den Streik unverzüglich beendet. Die für diesen besonderen Streikfall der Reichseisenbahnbeamten erlassene Verordnung des Reichspräsidenten wird mit der Beendigung des Streikes gegenstandslos. Der Reichskanzler erklärte ausdrücklich, daß alle Berichte und Meldungen über eine beabsichtigte Beschränkung des verfassungsmäßigen Koalitionsrechtes durchaus unbegründet sind."

Abwartende Haltung der Post- und Telegraphenarbeiter

Berlin, 4. Februar. Der von den im Deutschen Verkehrsbunde organisierten Post- und Telegraphenarbeiter am Donnerstag abend gefaßte Streikbeschluß gilt als noch nicht offiziell. Am Freitag vormittag beschloß eine neue Funktionärversammlung, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, bis der Streikbeschluß von der Verbandsleitung Berlin des Deutschen Verkehrsbundes sanktioniert wird.

Verhandlungen beim Reichskanzler

Berlin, 4. Februar. Reichskanzler Dr. Wirth empfing gestern nachmittag die Spitzenverbände der drei Gewerkschaftsrichtungen. Auf Grund dieser Aussprache haben die Spitzenverbände einen Aufruf für die Beendigung des Streiks erlassen. Im Anschlusse hieran wurde der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes empfangen, der dem Reichskanzler die ausdrückliche Erklärung gab, daß er den Streik ablehne und das Vorgehen der Reichsgewerkschaft nicht billige. Der Reichskanzler sagte zu, daß die Erörterung über die grundsätzlichen Fragen der Beamtenbesoldung fortgesetzt werde.

Lehrerseminare und Lehrerbildung

Die Landtagsrede des Abg. Heßlein

Wie wir bereits berichteten, hat bei der ersten Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über die Umwandlung der Lehrerseminare und Lehrerinnenseminare der Abg. Heßlein in längeren Ausführungen den Zentrumsstandpunkt dargelegt:

Trotz der vorgerückten Zeit und trotz des liebenswürdigen Zurufs des Herrn Kollegen Schneller müssen Sie mir schon gestatten, auch noch hier meinen Standpunkt und den Standpunkt meiner Partei darzulegen.

Die Besetzung des Hauses war von Anfang an eine sehr schlechte und ich gehe mit Herrn Kollegen Dr. Seyfert vollständig einig in dem Bedauern darüber. Mögen wir auf einem Weltanschauungspunkt stehen wie wir wollen, hier handelt es sich doch um eine Sache von solcher Bedeutung, die ein größeres Interesse, ganz gleich, auf welchem Standpunkt wir stehen, verdient hätte, als es das hohe Haus ihr hat zuteil werden lassen. Hier handelt es sich nicht nur um die Lehrerseminare, nicht bloß um die Lehrerbildung, sondern um den Einfluß, der von den Lehrerseminaren und von der Lehrerbildung auf unsere Kinder ausgeht, es handelt sich

um die Seele unserer Kinder.

Und von diesem Standpunkt aus — mögen wir rechts, links oder in der Mitte sitzen — müßte der Landtag dieser Frage mehr Interesse zuteil werden lassen.

Das, was der Herr Kultusminister soeben ausgeführt hat, hat mich allerdings nicht davon überzeugt, warum die Verordnung dem Gesetz vorausgegangen ist, und wenn ich boshaft wäre (Abg. Schneller: Wäre!), dann würde ich mit der sozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung" vom 11. Januar sagen, daß es auch diesmal besser gewesen wäre, „vom Standpunkt eines im Ressort nicht genügend Vertrauten", die Geheimräte sprechen zu lassen, als selbst zu sprechen. (Heiterkeit. — Abg. Dr. Seyfert: Ist nicht boshaft!) Der Herr Abg. Arzt hat in sehr scharfer Weise die Zentrumspartei und die katholische Kirche als Gegner dieser Sache bezeichnet, er hat sogar Luther in Gegensatz zur Zentrumspartei gestellt. Ich darf vielleicht den Herrn Kollegen Arzt dahin belehren — vielleicht sorgt er auch dafür, daß in den Oberschulen und Aufbauschulen das zur Geltung kommt — daß die Zentrumspartei erst im Jahre 1870/71 gegründet worden ist; es also nicht möglich ist, daß Luther sich in Gegensatz zu der Deutschen Zentrumspartei stellen konnte. Der Herr Abg. Dr. Seyfert hat schon darauf hingewiesen, daß der

Artikel 143 der Reichsverfassung

in der Nationalversammlung fast einstimmig (Zuruf des Abg. Dr. Seyfert) oder mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen worden ist (Abg. Dr. Seyfert: Einstimmig!), ganz einstimmig angenommen worden ist. Noch besser! Das ist die beste Widerlegung, die ich dem Herrn Abg. Arzt bieten